

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, B'90/Die Grünen und DIE LINKE

**Herrn Oberbürgermeister  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Rathaus  
69117 Heidelberg**

---

01.02.2024

**Sachantrag GR TOP 10 | Maßnahmen gegen überhöhte Wohnungsmieten**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die kommende Sitzung des Gemeinderates (GR) beantragen die angeführten Fraktionen zum oben genannten Tagesordnungspunkt:

- Es wird ein Mietenmonitoring, z.B. bei Mietenmonitor UG für ein Jahr beauftragt.
  
- Es soll eine Stelle geschaffen werden, die für die Fallbearbeitung von Mietpreisüberhöhungen nach § 5 WiStG zuständig ist. Die Finanzierung der Stelle soll zum Teil aus Bußgeldern wegen Mietpreisüberhöhungen finanziert werden. Die Meldungen über das von der Stadtverwaltung einzurichtende Formular werden überprüft und bei Mietpreisüberhöhung Vermietende informiert und bei Bedarf Bußgeldverfahren eingeleitet.
  
- Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Ummeldung gleichzeitig Informationsmaterial zu Mietpreisüberhöhungen und Mietspiegelrechner auszugeben.

- Die von der Verwaltung noch zu erstellende Informationsplattform und das Meldeformular sollen sich am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main orientieren<sup>12</sup>

**Begründung:**

Um einen Überblick über die angebotenen Mieten am freien Markt zu bekommen, benötigt die Stadt verlässliche Daten. Daher sollen die Online-Inserate über den Zeitraum von 12 Monaten überwacht werden.

Mit der Schaffung einer internen Stelle kann die Fallbearbeitung von Mietpreisüberhöhungen und auch das Mietenmonitoring effizient aus einer Hand erfolgen. Um den Einsatz städtischer Mittel so gering wie möglich zu halten, beantragen wir, dass die Bußgelder wegen Mietpreisüberhöhungen zur teilweisen Finanzierung der Stelle herangezogen werden.

Damit möglichst viele Neumieterinnen und Neumieter Informationen zum Mietspiegelrechner und Mietpreisüberhöhungen niederschwellig erhalten können, beantragen wir, dass die Verwaltung künftig bei jeder Wohnungsummeldung die entsprechenden Informationen an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger herausgibt.

---

<sup>1</sup> Informationsportal der Stadt Frankfurt am Main vgl. <https://frankfurt.de/themen/planen-bauen-und-wohnen/wohnen/mietrechtliche-beratung/mietpreisueberhoehung> (30.01.2024)

<sup>2</sup> Hinweisformular für überhöhte Wohnungsmieten vgl. <https://formulare.ffm.de/f/N1AmJrxnFria6uHh232YuEWрмаA2HrHf> (30.01.2024)